

11. Jahrg. Nr. 1

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Die Bestellungen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lantitzer Platz 13. Telefon: Mollatplatz Nr. 7832.

Berlin, Januar 1930. Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lantitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2,50 Mk. inkl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,50 Mk. und monatlich 0,80 Mk. Erheblich schenktlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

int. Institut Soc. Geschl. Amsterdam

Am Freitag, den 17. Januar 1930

## Revolutionäre Kundgebung

in den „PHARUS-SAELEN“, Müllerstraße 142

### Im neuen Jahr — das alte Lied!

#### Neue Leichenbuegel — oder Revolution!

Das deutsche Kapital hat seit der Liquidierung der Inflation den Aufbau seiner Wirtschaft auf reiner Kreditbasis vollzogen. Die Lasten des Dawesplans hat es mit Anleihen beglichen. Die Anpassung des deutschen Produktionsapparates an den Weltstandard wurde mit Hilfe von lang- und kurzfristigen Krediten durchgeführt. Die gesamte „Öffentliche Wirtschaft“ und das Privatkapital hatte einen riesigen „Aufschwung“ genommen. Das deutsche Kapital rangierte mit seinem Produktionsstandard gleich hinter Amerika, ohne daß überhaupt irgend eine finanzielle Basis für diese Entwicklung bestand. Das kühn aufgeführte Gebäude beruhte auf den vom Ausland hineingekommenen Krediten in Höhe von 15 Milliarden Mark. Die „Wirtschaft“ lebte von der Hand in den Mund. Alles war improvisiert und stand am Rande des Defizits. Dies trifft sowohl auf die großen kapitalistischen Konzerne, als auch auf die Etats des Reiches, der Länder und der Gemeinden zu. Jede Kredit einschränkung durch das Ausland, jedes Abflauen der wirtschaftlichen Konjunktur mußte die innere Hohlheit des gesamten Gebäudes klarlegen.

Am stärksten war dies selbstverständlich bei den öffentlichen Institutionen der Fall, die zum „Ausgleich“ der Krise in ungeheurem Maßstabe öffentliche Arbeiten vorgenommen hatten, die am Profitmaßstab gemessen unrentabel waren. Gerade die Gemeinden sind infolge der eigentümlichen Struktur der deutschen „Sozialpolitik“ diejenigen Stellen, welche der Privatwirtschaft die Lasten der Krisen abnehmen müssen. Der Haushalt des Reiches wurde ebenfalls ohne Rücksicht auf die Reparationslasten und ohne Deckung der Ausgaben durch entsprechende Einnahmen aufgestellt, um einmal eine höhere Belastung der deutschen Wirtschaft durch den im Dawesplan festgesetzten „Wohlstandsindex“ zu vermeiden und ferner um der Privatwirtschaft durch geringere Belastung eine stärkere Akkumulationsmöglichkeit zu geben. Es war daher immer ein erhebliches Defizit vorhanden, das formell durch Anleihe-Ermächtigungen gedeckt war. Eine Anleiheaufnahme im Ausland unterblieb, um nicht den Anleihemarkt für das Privatkapital zu versperren. Der Versuch einer Anleiheaufnahme im Inland war gescheitert. Das amerikanische Kapital kam im Jahre 1929 wegen der eigenen Krise für einen weiteren Kapitalexport nicht in Frage. Die einzige noch bestehende Möglichkeit war die Aufnahme von Krediten in Frankreich.

Seit Beginn der Pariser Konferenz hatte sich aber das französische Kapital zu einer Kreditperspektive entschlossen, um das deutsche Kapital für die Annahme des Youngplans gefügig zu machen. Als diese Sperre im April 1929 einsetzte, war die künstliche Konjunktur des Jahres 1927 insbesondere auch durch den harten Winter des Jahres 1928 zusammengebrochen. Das amerikanische Kapital hatte im Jahre 1928 infolge der eigenen Konjunktur kein Interesse mehr an einem Kapitalexport nach Deutschland, so daß das deutsche Kapital allein auf Frankreich angewiesen war. Die Kreditentziehung durch Frankreich zeigte sofort die Schwäche der Position des deutschen Kapitals. Der Widerstand des deutschen Kapitals und Devisen zur Aufrechterhaltung des Kurses der Mark hatte abgeben müssen. Gleichzeitig wurde dem internationalen Kreditmarkt klar, daß das deutsche Kapital trotz des äußerlichen Glanzes außerordentlich schwach fundiert war. Infolgedessen war es überhaupt nicht mehr

möglich, größere insbesondere langfristige Anleihen im Ausland unterzubringen. Dazu kam noch, daß der innerpolitische Kampf um den Youngplan starken Befürchtungen wegen der zukünftigen Sicherheit ausländischer Kredite in Deutschland auslöste. Schließlich hatte das internationale Kapital das größte Interesse, einen Zwang zur Ordnung der deutschen Finanzen auszuüben. Die allgemeine Krise unterstützte noch diese Absicht, vom deutschen Kapital die Umstellung seiner Wirtschaft auf seine eigenen Möglichkeiten, auf seine innere Basis zu verlangen.

Aus diesen Gründen begann der Kampf um die Finanzreform. Das deutsche Kapital mußte seine Wirtschaft von Grund auf ändern. Anstelle der bisherigen Kreditbasis trat die Aufbringung durch Aufstellung eines entsprechenden Steuersystems, d. h. die Sanierung konnte nur durch verstärkte Ausbeutung der Arbeiterschaft erfolgen. Um die Profite und um das notwendige Kapital zur Inbetriebsetzung und zum weiteren Ausbau der Wirtschaft zu sichern, mußte gleichzeitig eine Entlastung des Kapitals und eine weitere Belastung der Arbeiterschaft eintreten, wenn der deutsche Kapitalismus weiter existieren wollte. Er mußte sich auch Reserven für die Zukunft schaffen, da er sonst, wie augenblicklich bei Abschluß des Youngplans, vollständig dem Diktat des internationalen Kapitals ausgeliefert war. Die gesamte Belastung durch den Youngplan konnte aus denselben Gründen nur auf dem Steuerwege aufgebracht werden. Da die imperialistische Zukunft nicht gefährdet werden durfte und um sich selbst alle Revisionsmöglichkeiten des Youngplans abzuschneiden, war eine Verringerung der Ausgaben nur durch einen Abbau der Sozialpolitik möglich. Dazu war die vollkommene Entrechtung der mit der Sozialpolitik befaßten öffentlich-rechtlichen Institutionen notwendig. Dem Parlament und den Gemeinden mußte die Bestimmung über die selbständige Regelung des Haushaltsrechts genommen werden. Die Ordnung ihrer Finanzen wurde durch die bewußte Untergrabung der Kreditmöglichkeiten im Ausland dem deutschen Finanzkapital übertragen.

Bezeichnend dafür ist die Stellungnahme des Reichsbankpräsidenten Schacht gegenüber dem Reich und der Stadt Berlin. In beiden Fällen erzwang Schacht die Kapitulation des Parlaments und der Selbstverwaltung und die Verweigerung der Kredite. Zur Verhütung des vollkommenen Zusammenbruchs wurde ihnen eine innere Anleihe nur „in Aussicht“ gestellt, wenn sie sich durch ein Sofortfinanzprogramm der Kontrolle des Finanzkapitals unterwerfen und die Rückzahlung der ihnen gewährten Kredite durch Ausschreibung neuer die Massen belastender Steuern sicherstellten.

Gegen diese „Ueberbrückungskredite“ mußte die Sozialdemokratie in der Person des von ihr gestellten Reichsfinanzministers Hilferding die Verantwortung für diese neue ungeheure Belastung des Proletariats übernehmen. Es blieb ihr nichts erspart. Der Gang nach Kanossa war die Unterwerfung unter den Willen des Siegers. Der Gang zu Schacht war der Verrat der Arbeiterklasse an das Finanzkapital. Die Arbeiterschaft hat dem Kapital reiche Früchte eingetragen. Die Sozialdemokratie verzichtete nicht nur auf alle „Errun-

genschaften der Novemberrevolution“. Sie übernahm zum 3. Mal die undankbare Aufgabe, die Arbeiterschaft zur Sicherung des Aufbaues der kapitalistischen Herrschaft zum Verzicht auf ihr bisheriges Lebensniveau zur Herabsetzung ihres Reallohnes zu veranlassen. Die Kapitulation mit den bürgerlichen Parteien und die Angst, daß die Annahme des Youngplans gefährdet werden könnte, zwang sie zu dieser selbstmörderischen Taktik. Die Sozialdemokratie tut so, als glaube sie noch an das Ammenmärchen, daß die Ablehnung des Youngplans von gewissen Schichten des deutschen Kapitals beabsichtigt sei. Sie nimmt den Volksentscheid noch ernst, ebenso die Drohung mit dem bewaffneten Aufstand der faschistischen Garden. Sie übernimmt deshalb, genau so wie in Oesterreich, selbst die Rolle der faschistischen Diktatur, indem sie glaubt, daß die „freiwillige“ Erfüllung der Wünsche des deutschen Kapitals ihr die „Schmach“ der Kapitulation ersparen könne. Die Angst vor der bewaffneten Auseinandersetzung, die Angst vor der Revolution, die Angst vor den Arbeitermassen geht soweit, daß sie ihre gesamten Zukunftsaussichten als parlamentarische Partei untergräbt. Durch die Kapitulation verliert sie alle Möglichkeiten, dem Proletariat noch Augenblickserfolge durch fiktive Lohnerhöhungen, durch soziale politische Arbeit im Reich, in den Ländern, in den Gemeinden vorzutauschen. Sie übernimmt vor der Geschichte freiwillig die Verantwortung für die brutale Ausbeutung der deutschen Arbeiterschaft seit Beginn der kapitalistischen Epoche. Den Untergang des Reformismus besiegelt sie mit ihrer eigenen Unterschrit. Sie kann nicht mehr die Verschärfung der Klassengegensätze ideologisch verbrämen. Die rauhe Wirklichkeit hat die Arbeiterschaft ab absurdum geführt.

Nicht eine neue Rationalisierungswelle ist der Ausdruck der gesteigerten Arbeitslosigkeit, sondern die gesteigerte Krise wirft die Arbeiter auf die Straße. Von der Arbeitslosigkeit wird nicht nur die fluktuierende Masse der unorganisierten und revolutionären Arbeiter erfaßt, sondern auch die Masse der Gewerkschaftler. Die Treue zu der gewerkschaftlichen Taktik, die dauernde Unterwerfung unter das Diktat des Unternehmertums können das Gespenst der Arbeitslosigkeit nicht aufhalten. Eine Stilllegung jagt die andere. Selbst beim stärksten Reformismus muß der Glaube an die Arbeiterschaft unter diesen Umständen zerbrechen. Der Sieg des Kapitals über die demokratischen Illusionen ist zu offensichtlich. Der Schacht von 1929 ist der Stimmes der Inflationsjahre. Stimmes ist zerbrochen, weil die Inflation Konkurs war. Schacht kann keinen Konkurs machen, weil er mit dem Konkurs die deutschen Aufbaumöglichkeiten für immer vernichten würde. Er fühlt sich verantwortlich gegenüber dem deutschen Kapital, weil ihm die Erfahrung der Inflationsjahre gezeigt hat, daß das deutsche Kapital nur durch Zusammenarbeit mit dem internationalen Kapital und nicht im Kampf gegen es existieren kann. Er pfeift auf Parlamentarismus und Demokratie, wenn sie ihm nicht zu Willen sind.

Die Sozialdemokratie wollte die Annahme des Youngplans, sie wollte aber nicht die Verantwortung für das mit seiner Annahme verbundene Finanzprogramm übernehmen. Daraus erklärte sich ihre zögernde Taktik. Brutal schmitt jede Verschleppungspolitik ab. Das Proletariat kann ihm nur dankbar dafür sein, daß er ihm das wahre Gesicht der Sozialdemokratie zeigte. Die Sozialdemokratie versucht sich zum schwarzen Mann für das Proletariat, versucht ihm verantwortlich zu machen für die harten Maßnahmen. Die Arbeiterschaft darf sich durch diesen Trick nicht täuschen lassen. Nicht Schacht,



Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Berlin, Januar 1930.

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42.

Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,10 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Der Staatsbankrott: Verscharfte Hungeroffensive

Der deutsche und der amerikanische Finanzdiktator sind für die bürgerliche und sozialdemokratische Presse die Lenker der Geschichte des deutschen Volkes. Schacht wird von den deutschen Bourgeois als der Retter aus schwerster Not begrüßt. Die Sozialdemokratie stempelt ihn zum Führer der Reaktion und schärftest Feind der Arbeiterschaft. Für die KPD ist er der junge Mann des deutschen Finanzkapitals. Sämtliche Parteien sind sich darüber einig, daß er die Herrschaft des parlamentarischen Systems, wenn nicht gebrochen, so doch untergraben hat.

Die Koalitionsregierung ist zur Haager Konferenz ohne Schacht, aber unter dem Diktat von Schacht gegangen. Der sozialdemokratische Reichsfinanzminister Hilferding hat trotz aller Zugeständnisse an die Wünsche des deutschen Kapitals seinen Posten an den Volksparteier Moldenauer abtreten müssen, der sich kurz vorher auf der Tagung des deutschen Industriekonvents in den Thesen der Duisberg und Genossen restlos bekannt hat. Die deutsche Vertretung im Haag, bei der sonst die Sozialdemokratie eine maßgebende Rolle gespielt hätte, besteht aus zwei Volksparteilern, die ausgesprochene Vertreter des deutschen Finanzkapitals sind, ein Mitglied des Zentrums, und endlich in dem Gewerkschaftsbeamten, dem völlig bedeutungslosen Sozialdemokraten Robert Schmidt. Schacht selbst hat seine Teilnahme an der Haager Konferenz davon abhängig gemacht, daß ihm die Entscheidung in allen strittigen Fragen überlassen sein sollte. Diese Selbstentmündigung hat die Koalitionsregierung abgelehnt, wenn sie auch sonst gern bereit gewesen ist, die Verantwortung auf Schacht abzuwälzen. Schacht war sich aber von vornherein darüber klar, daß seine Bedingung unmöglich angenommen werden konnte. Es kam ihm auch gar nicht darauf an, im Haag irgendwelche Unterhändler aufzutreiben, zumal ihm genau bekannt war, daß der Unterhandlungsspielraum für das deutsche Kapital außerordentlich gering ist. Bei der augenblicklichen Situation wird dem deutschen Kapital nichts weiter übrig bleiben, als das Diktat der Gläubigermächte anzunehmen. Für ihn kommt es im wesentlichen darauf an, daß die Lastenverteilung im Innern nach den Wünschen des deutschen Finanzkapitals geregelt wird. Was das deutsche Finanzkapital zu erreichen hat, wird durch die weitpolitische Lage Deutschlands bestimmt. Das deutsche Kapital ist zur Durchführung seines weiteren kapitalistischen Aufbaus auf den Kredit des ausländischen Kapitals angewiesen. Dies geht ganz klar aus der gleichartigen Stellungnahme des Reparationsagenten zu der Lage des deutschen Kapitals hervor. Der Lokalzeitung und die gesamte Hege- und Presse drückt mit besonderem Behagen diese keineswegs zufällige Parallelität der Gedankengänge ab. Gerade Hugenberg und seine Presse hat in Amerika den schärfsten Feldzug gegen weitere Kredite an das Reich, Länder und Gemeinden eröffnet. Das amerikanische Privatkapital soll dem deutschen Privatkapital die notwendige Unterstützung geben, um die restlose Verwirklichung der Herrschaft des Finanzkapitals zu garantieren. Wenn sich heute die Sozialdemokratie dagegen sträubt, die letzten Reste des „Staatssozialismus“ abzubauen, so ist dies bei ihrer Verankerung in der Selbstverwaltung der Gemeinden sehr wohl zu verstehen. Der Angriff Schachts ist der Angriff des deutschen Privatkapitals gegen diese Domäne der Sozialdemokratie. Die Privatwirtschaft glaubt durch die Angleichung der öffentlichen Betriebe eine viel größere Stütze zu haben. Sie zwingt die Sozialdemokratie zu einer „sozialen“ Politik. Die „sozialistische“ Magistratsratie ist die stärkste Ausbeutungspolitik der Arbeiterschaft betreibend, damit den sozialdemokratischen Arbeiterklarnachern wird, daß ein Unterschied zwischen der Ausbeutung durch den sozialistischen Magistrat und dem kapitalistischen Privatkapital nicht besteht. Es wird damit dem sozialdemokratischen Arbeiterbewusstsein, daß die gesamte Politik der sozialdemokratischen Magistratsratie über den Braten und offen die sozialdemokratischen Illusionen über den Segen des sozialistischen Aufbaues. Die Sozialdemokratie versucht diesen Schlag dadurch zu parieren, daß sie ihrerseits dazu übergeht, ihre öffentlichen Betriebe in Amerika als Privatkapitalgesellschaften, wie sie der Form nach auch sind, Anleihen aufnehmen zu lassen. Schacht und das deutsche Finanzkapital hat gegen diesen Übergang der öffentlichen Betriebe in Privatkapitalgesellschaften nichts einzuwenden. Es ist ihm vollkommen klar, daß solche Anleihen sehr bald auch ihre Auswirkungen haben werden, und daß der Einfluß des Privatkapitals immer stärker werden wird, je mehr sich diese Betriebe direkt dem Privatkapital verschreiben. Die 100 Millionen-Anleihe der BVG ist der erste Schritt in dieser Richtung. Es ist damit die Monopolstellung des Magistrats und der Selbstverwaltungskörperschaften vollkommen untergraben. Die Sozialdemokratie hat die amerikanische Bankfirma Dillon, Read & Co. als den Gegenspieler von Morgan im Geschäft mit deutschen Anleihen gepriesen. Sie verliert Schacht, weil er das Geschäft mit dieser Firma untergraben und dem Teufel Morgan geschrieben hat. Wenn Morgan über der Provision der deutschen Schwerindustrie und des Finanzkapitals, die mit Hilfe des Reparationsagenten die deutsche öffentliche Wirtschaft als katastrophal und korrupt bezeichnet.

Revolutionäre Kundgebung in den Pharusillen, Müllerstraße 142. Am Freitag, den 17. Januar, 7 1/2 Uhr abends. Ansprache — Massengesang — Rezitationen. KAP. AAU. Unkostenbeitrag 30 Pf.

Die deutsche Arbeiterschaft hat kein Interesse an dem Kampfe zwischen Schacht und Morgan einerseits und Dillon, Read & Co. und der Sozialdemokratie andererseits, weil sie von der Ausbeutung der öffentlichen Wirtschaft auf bisher der Privatwirtschaft vorbehaltenen Gebiete weder wirtschaftlich, noch zukunftsorientiert berührt ist. Im Gegenteil, gerade diese öffentlichen Betriebe durch die sozialistischen Magistratsratie auf außerordentlichem Niveau innerhalb der Arbeiterbewegung zu führen. Die Ausbeutung der Arbeiter in den städtischen Betrieben ist genau so scharf wie in den Betrieben des Privatkapitals. Es genügt dort ebenso der Profit. Die Tarife werden von denselben Grundsätzen bestimmt, wie in der privatkapitalistischen Wirtschaft. Wenn vielleicht bis jetzt den Magistratsratie möglich war, die Tarife niedriger zu halten, so waren sie dazu nur auf Grund einer ausgesprochenen Kreditwirtschaft entstanden. In dem Augenblick, in dem diese Betriebe sich ebenfalls den Erfordernissen der gesamten deutschen wirtschaftlichen Situation anpassen müssen, und die Gemeinden die Hauptlasten der wirtschaftlichen Krise tragen müssen, fällt jede bevorzugte Behandlung fort, im Gegenteil, gerade diese Betriebe müssen als erziehbare Steuerquelle zur Deckung der Ausgaben herhalten. Es wird in immer stärkerem Maße die restlose Eingliederung dieser Betriebe in die Privatwirtschaft erfolgen müssen. In den öffentlichen Betrieben liegt auch kein Stück Sozialismus. Es ist völlig gleichgültig, ob diese Betriebe dem kapitalistischen Unternehmer der Stadt gehören oder irgendeinem kapitalistischen Konzern. In den anderen kapitalistischen Ländern, in denen Eisenbahn, Elektrizität, Gas, Verkehr in den Händen des Privatkapitals ist, herrscht deshalb kein anderer Kapitalismus als in Deutschland. Das deutsche Finanzkapital hat sein Ziel, die Übernahme der öffentlichen Betriebe durch das Privatkapital, erreicht. Es hat alle notwendigen Zugeständnisse für die Sicherung seiner Herrschaft durchgesetzt. Nichts geschieht in Deutschland ohne die Zustimmung des Finanzkapitals. Das deutsche Parlament hat restlos die Unterwerfung akzeptiert, weil ihm nichts anderes übrig blieb. Die Glorie von der Souveränität des Parlaments ist rettungslos zerstört. Das „soveräne deutsche Volk“ hat vor einer Drohung des Finanzkapitals ohne Widerstand kapituliert. Die Politik im Haag ist von untergeordneter Bedeutung. Es kommt bei den Milliardenbeträgen nicht auf einige Hundert Millionen an. Der innerpolitische Sieg wiegt die außenpolitische Niederlage tausendfach auf. Der deutsche Imperialismus hat nur dann Zukunftsaussichten, wenn die deutsche Wirtschaft sich in ihrer Aufbauarbeit aus dem Ausland anabhängig macht. Dies bedeutet, daß eine möglichst starke Ausbeutung der Arbeiterschaft die beste Garantie für eine Steigerung der Akkumulation des Kapitals ist. Das deutsche Kapital will Hungerjahre für die Arbeiterschaft, weil es glaubt, nur durch diese Hungerjahre wieder zur Macht gelangen zu können. Der Young-Plan ist ihm das Spruzbrett dazu. Er bildet die Grundlage zur Reorganisation. Mit ihm hört die Kontrolle des Auslandes über seine imperialistischen Rüstungen auf. Eine wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ausland bedeutet eine weitere Kontrolle und damit Einschränkung seiner imperialistischen Möglichkeiten. Die altpreußische Sparsamkeit, die nichts weiter war als eine skrupellose Ausbeutung der Arbeiterschaft, soll wieder eingeführt und verewigt werden. Geparat wird an den Ausgaben für die Arbeiterschaft, gerüstet wird für den Kampf gegen das Entente-Kapital. Die Sozialdemokratie möchte diese Sperre durchbrechen. Sie muß sich aber den Realitäten fügen, wie ihr neuer großer Theoretiker, Fritz Nahtali, den sie frischweg von der „Frankfurter Zeitung“ dem Organ des Handelskapitals, übernommen hat, in der Neujahrbesprechung ausgeführt hat. Man dürfe es nicht zu einer Staatskontrolle über Parlament und Selbstverwaltung kommen lassen, sondern müsse vorweg alles erfüllen, um solche Eingriffe zu vermeiden. Dies bedeutet nichts weiter als hundertprozentige kapitalistische Politik zur sozialistischen Politik zu stempeln. Die Sozialdemokratie unterstützt damit offen den imperialistischen Weg des deutschen Kapitals. Die KPD kämpft lediglich gegen diese Sparpolitik, gegen den Zollwucher, gegen die Hungeroffensive, ohne auf die Grundlage dieser neuen Taktik des Kapitals hinzuweisen. Sie steht nicht, daß diese Hungeroffensive der Weg des deutschen Imperialismus ist. Sie begründet nicht, daß das Kapital die augenblickliche Krise und den Young-Plan zu einer völlig kommenden Neuordnung benutzen will. Die Krise ist für das deutsche Kapital außerordentlich gefährlich, weil eine Verlagerung des Schwerpunktes seiner gesamten bisherigen Einwirkung seit dem Jahre 1923 eintritt. Es kämpft um seine Existenz, indem es rücksichtslos den Neuaufbau organisiert. Es befindet sich noch in der Krise. Es fehlt ihm noch die Kräfte seiner neuen Rationalisierung. Sein Vorstoß soll ihm diese Kräfte schaffen. Sie können allein aus der deutschen Arbeiterschaft herausgepreßt werden. Die Hilfe des ausländischen Kapitals ist in der augenblicklichen Situation für das deutsche Kapital keine Hilfe mehr, sondern verstärkte Abhängigkeit. Deshalb lodert der Bürgerkrieg, deshalb die täglichen Straßenschlachten, deshalb der Aufmarsch der Faschisten. Die Offensive des Kapitals ist im Gange. Wo bleibt die Gegenoffensive? Wo bleibt der Aufmarsch des Proletariats? Die KPD erhofft alles von Dillon, Read & Co. Die KPD führt den Kampf mit der Taktik der revolutionären Gewerkschaftsopposition, indem sie durch Lokalkrisen die Arbeiterschaft sich abkämpfen läßt. Die revolutionäre Arbeiterschaft muß sich als Klasse organisieren. Dies ist nur möglich, wenn sie die augenblickliche Lage als schärfste Klassenkampflage begreift. Sie muß sich klar sein, daß nur der politische Kampf, der Kampf um die Macht auf dem Boden des Generalstreiks die Offensive des Kapitals brechen kann.

Kugellagermonopol in Deutschland

Beherrscht vom Schwedenstrust.

Der schwedische Kugellagertrast hat nunmehr den letzten maßgebenden Hebel gegen das letzte selbständige deutsche Kugellagerwerk von Bedeutung gefaßt. Die Berlin-Karlshagen Industriewerke haben ihre Kugellagerabteilung an die SKF-Norma, Stuttgart, der Tochtergesellschaft des schwedischen Kugellagertrasts verkauft. Damit hat Ivan Kreuzger, der Besitzer des Schwedenstrasts (Zündhütchen), und damit des deutschen Zündhütchenmonopols bzw. das hinter ihm stehende amerikanische Kapital auch die deutsche Automobilindustrie an der Spitze. Denn die deutsche Kugellagerindustrie gehört ihm jetzt zu fast 100 Prozent. Die letzte Aktion, die Verschlingung von Fichtel & Sachs, Schweinfurt, und Fries und Höttinger, Schweinfurt, und der Riebe-Werke in Berlin-Weißensee, Heidelberg usw., wird noch in Erinnerung sein. In Deutschland gibt es jetzt noch zwei kleine Firmen, die sich mit der Herstellung von Kugellagern befassen, und zwar Fischer-Schweinfurt und I. G. Jäger in Elberfeld, die aber beide zusammen weniger als 5 Prozent des deutschen Kugellagerkonsums liefern. Sie kommen als Konkurrenz nicht in Frage. Das Kugellagermonopol in Deutschland hat Ivan Kreuzger.

In diesem Fall dreht es sich nicht nur um Kugellager, mit denen die deutsche Automobil-, Fahrrad- und Präzisionsmaschinenindustrie von schwedischen Kugellagertrast abhängig sind. Der schwedische Zündhütchenstrast, der auch Besitzer des schwedischen Kugellagertrasts ist, hat auch der Besitzer des ausschlaggebenden schwedischen Erz-Konzerns des Grönberg-Konzerns. Dieser schwedische Erz-Konzern ist schon bisher der maßgebende Erzlieferant für die deutsche Eisen- und Stahlverhüttung. Immerhin war gegen den Schwedenstrast die Konkurrenz des Erzes aus Kanada nicht leicht zu nehmen. Durch die Fesselung der deutschen Industrie an das schwedische Kugellager bekommt Ivan Kreuzger auch die Regelung des Stahl- und Eisenabbaus an die Kugellager verarbeitenden Industrien in die Hand. Einflußnahme auf die deutsche Hüttenindustrie durch den Schwedenstrast wird die nächste Konzentration sein.

So vollzieht sich die Konzentration des Weltkapitals in immer weniger Hände von mächtigen Industriekönigen. Nur die Arbeiter sind noch organisiert nach dem Organisationsprinzip der mittelalterlichen Zöglinge und „Kämpfen“ nach Berufen, Gruppen und Gruppen in einzelnen Städten und Städten um Pläne und Mäulen, die immer mehr gegen einander als reizen das Kapital, das diese Nadelstichpolitik seine Freude haben kann. Heute streift ein Grüppchen des Staatsindustriellen Schwedenstrast, der auf dem umgekehrt, übermorgen streikt man hübsch gesetzlich in Berlin, und Stuttgart liefert an die Autofabriken, die Kugellager brauchen. So ist es ja nicht nur in der Kugellager-, Automobil- und Maschinenindustrie, sondern in allen anderen Industriezweigen, während das Proletariat vor lauter Vereinsmeierei nicht sieht, daß es unter dem Kommando von Industriefürsten gradlinig abwärts geht in die Sklaverei.

Aus der Internationale

Brief aus Rußland

Leningrad, im Dezember 1929.

Ein Jammer, daß ich hier in diesem festgebundenen Sack leben muß. — Manchmal begegnen mir die alten Genossen, die Kameraden, mit welchen man früher zusammen arbeitete. Wir freuen uns immer, wenn wir wieder zusammen kommen. Wir sind wie Brüder und Schwestern, die unverhofft einander gefunden haben. Nach der Aussprache aber werden wir miteinander traurig und schweigend; fremd geht man auseinander. Sie haben eben einen anderen Weg bereiten, der nicht der unsere ist.

Man ist soweit, daß man manchmal die „Fahne des Kommunismus“ und die „IV. Internationale“ nicht mehr als politische Versäufnisse betrachtet. Aber das ist so ganz und gar nicht der politische Eifer erklärlich. Ueberhaupt weiß man gar nichts. Auf dem Nordpol, auf dem Monde man ebenso in der Welt leben. Die Zeit schließt sich an uns heran. So schnell und so sehr ändert sich das alles, daß manchmal in ein paar Tagen die ganze Situation unerkennbar und ganz neu, der gestrigen vollkommen wieder entgegengesetzt ist.

Wir bunt und belebt ist heute wieder das noch unlängst so schwermütige Bild der kapitalistischen Welt. Die finanzielle Krise Amerikas und seine ökonomischen Schwierigkeiten, die unerbittliche Lösung des sowjetisch-chinesischen Konflikts, die neuen Verwicklungen im Innern Chinas, das Zurückkehren der gesamten russischen Opposition in die Reihen der Partei, der erbarmungslose geheime Kampf mit den Trotzkisten, die Erklärungen Livinows und die gesamte Außenpolitik der Sowjets, dieses alles ist so klar und unabweidung. Die russische Agrarwirtschaft entwickelt sich zur Agrarindustrie, in mächtige Brotmanufakturen. Zu gleicher Zeit weiteres Stagnieren der gesamten staatskapitalistischen Wirtschaft. Der schreckliche Mangel an notwendigen Produkten und die weitere Verminderung der Kaufkraft der Bevölkerung.

Die schrecklichsten Entbehrungen und Qualen eines halbkolonialen, um seine Existenz im Kapitalismus ringenden kleinbürgerlichen Gebildes durchlebt man. Welches in einem Welt-erfahrungen sich abmüht, die hochkapitalistischen wirtschaftlichen Einheiten nach und nach zu überholen. Eine riesige wirtschaftliche Einheit, eine fatal zusammenhängende Größe, die sich absondert, sich ökonomisch der übrigen kapitalistischen Welt entgegenstellt und den staatskapitalistischen Willen durchzusetzen versucht. Begünstigt durch die katastrophale Lage des absterbenden Kapitals, hält sie zwei Eisen im Feuer. Die SSR, baut auf den Staatskapitalismus, auf kleinbürgerliche, demokratische Prinzipien. — Wer den Westen vernichten will, soll nach Osten Schläge richten“, jubeln die Sowjet-Poeten; — und beweisen damit, wie tief und überall die politischen Anschauungen der kleinbürgerlichen Politikanten sich eingepreßt haben.

England

Arbeitslosigkeit und Labour-Regierung.

London, Ende Dezember 1929.

Auch Ziffern können reden; manchmal dringender und sprechender, als es Worte vermögen. Die Ziffern aus England zeigen so recht drastisch das aussichtslose Beginnen, an der kapitalistischen Gesellschaft zu zöhlen.

Ende November 1929 betrug die amtliche Arbeitslosenziffer in England 1.302.000. Der Minister Thomas versetzt diese Ziffer herunterzudrücken durch folgende Maßnahmen: In-angriffnahme öffentlicher Arbeiten, die Arbeitlosen zu beschäftigen. Zur Ausführung solcher Arbeiten hat der Minister aus Reichsmitteln an Eisenbahngesellschaften, Gas- und Wasserwerken 2.348.561 Pfund (47 Millionen Mark) Vorschuß gegeben. Dieser Vorschuß soll dienen zur Ausführung von Arbeiten, die auf 7.644.714 Pfund veranschlagt sind. — Sodann hat der Minister die Behörden von Gemeinden und Distrikten gedrängt, Bauten und Anlagen in Angriff zu nehmen und dafür günstige Anleihen zuzusagen. Bis Ende November 1929 sind fest zugesagt 6.969.000 Pfund, wovon schon 4.869.000 ausgezahlt wurden. Die Vorschüsse sollen dienen für öffentliche

Arbeiten, die insgesamt 12.437.790 Pfund Kosten verursachen sollen. Dabei ist aber noch mit dem Widerstand der Behörden zu rechnen, die in dieser Höhe Arbeiten nicht ausführen wollen. Angenommen, daß diese Arbeiten unter den veranschlagten Kosten zur Ausführung kommen, so werden ca. 84.000 Arbeitslose für ein Jahr Arbeit haben. — Die Ausführung von kleineren Werken in den Kolonien, die jedoch für England einige Bestellungen in sich fassen, können auch für ein Jahr 5300 Arbeitslosen zu Verdienst helfen.

Von Reichswegen sollen Chausseen neu gebaut und ausgebaut werden. Hierfür ist ein Betrag von 40 Millionen Pfund ausgeworfen. Die Ausführung dieser Arbeiten würde auf ein Jahr 100.000 Arbeitslose beschäftigen. — Im ganzen könnten also nach diesen Plänen von Minister Thomas ca. 189.000 Arbeitslose für ein Jahr beschäftigt werden. — Solche Notstandsarbeiten und auch schon in beträchtlich größerer Höhe, ließ auch die konservative Bladwin-Regierung ausführen, ohne daß jedoch die Arbeitslosenziffer nennenswert dadurch beeinflusst wurde.

Kommen alle Pläne von Thomas zur Ausführung, so würde das bedeuten, daß 15 Prozent von der heutigen (amtlichen) Arbeitslosenziffer abgewogen werden könnten. — 15 Prozent Ausgang November 1929. — Ob es im März 1930 auch noch 15 Prozent sein werden? — Thomas schreibt selbst im „Labour Magazine“, daß den Arbeitern mit zeitlicher Arbeitsbeschaffung wenig gedient ist. — Nötig haben sie feste Arbeit in der Industrie. Das hängt aber allzusehr von der ökonomischen Verbesserung der Position von Großbritannien, an der die Arbeiterregierung nichts ändern kann.

Streichlichter aus Holland

Gewinne in der Metallindustrie.

Die Rationalisierung hält auch nun ihren Siegeszug. Eine neue im Bau befindliche Kunstseidefabrik in Nijmegen wird nicht weitergebaut; man sagt offen Absatzzwängigkeiten. Bei den Kunstseidefabriken in Ede und Arnhem erwartet man täglich Massenentlassungen. Philips und Splendor (die Glühlampenfabriken) warfen, wie schon gemeldet, 5000 Arbeiter auf die Straße. In der Holzindustrie treten überall Betriebsbeschränkungen auf. Die bürgerlichen Blätter schreiben auch ungern, daß auch für Niederlande die Zeit der Rationalisierung heringebrochen ist. Und doch laufen noch große Aufträge von Staat- und Unternehmungen in den Kolonien bei der Metallindustrie. Die bürgerlichen Blätter schreiben gute Tage. Spezialarbeiter (einige Hundert) mühten noch von Auslande herangezogen werden. Die Gewinne der Metallherren sind im abgelaufenen Jahre fette gewesen.

Niederländische Hochöfen und Stahlwerke. Kapital 2 Mill. Gulden; Dividende 1 Prozent. Gewinn 1927 210.000 Gulden, 1928 244.000 Gulden.

Gabr. Stork & Co. Kapital 12 Mill. Gulden; Dividende 6 Prozent; Gewinn 1927/28 831.000 Gulden.

Wilton, Schiffs- und Maschinenfabrik. Dividende 7 Proz.; ausgezahlter Arbeitslohn 1928 6.687.000 Gulden; ausgezahlter Gewinn 919.000 Gulden.

Amsterdamer Trockendock-Gesellschaft. Dividende 9 Prozent; Gewinn 1928 352.000 Gulden. 200.000 Gulden werden bestimmt zur Durchführung der Rationalisierung.

Kromhout, Motorenfabrik, D. Goodkoon, Jr., Amsterdam. Dividende 7 Prozent. 571 Arbeiter. Gewinn 726.000 Gulden.

Feyenoord, Schiffs- und Maschinenfabrik. Dividende 7 Prozent. 1500 Arbeiter. Kapital 2 Mill. Gulden. Gewinn 586.000 Gulden.

Die Stadtverordneten-Wahlen in Deutschland.

J. de Kad, Redakteur des links-sozialistischen Wochenblattes „De Socialist“, schreibt darüber folgendes: „Die Oberflächlich gesehen sind die Resultate der deutschen Stadtverordnetenwahlen nicht ganz befriedigend. Im allgemeinen ist ein Fortschritt der Sozialdemokratie zu konstatieren. Hier und da selbst ein großer Fortschritt. Stehen dem auch gegenüber gefühlsmäßige Niederlagen, so in Berlin, Frankfurt und in Frankfurt.“

Was den Gewinn betrifft, so ist festzustellen, daß sehr selten bei Vorbild Hannover, Magdeburg, Stettin erreicht wird, daß die Verluste, welche die Kommunisten in solchen Fällen meistens erlitten haben, aufrecht zu stellen. In vielen Fällen, wo die Sozialdemokratie zunahm, blieb das Total der abgegebenen roten Stimmen unter den vorherigen Wahlen. Daß diese Erscheinung im gesamten stark industriellen Gebiet von Mitteldeutschland und Sachsen vorand ist an unerwartet.

Wir haben es stets für einen sehr wunderlichen Trost gehalten, daß man in solchen Fällen befriedigt ist, indem man auf den verminderten Einfluß der Kommunisten und die zugenommene Stärke der Sozialdemokraten hinweist. Derweil doch das Endresultat die Verstärkung der Bourgeoisie bedeutet. Daß die Arbeiter nicht länger der Leitung der deutschen Kommunisten folgen wollen und sich rund um die SPD-scharen, — und daß daneben neue Gruppen von der Bourgeoisie kommen, den Sozialismus zu verstärken, dieses ist als Beginn einer Ueberwindung anzusehen; das haben die Stadtverordnetenwahlen beinahe nirgends aufgezogen.

Was nun die Niederlage der Kommunisten betrifft, außer Berlin (wo die Kommunisten solche bedeutende Ueberwindung hielten, daß der „Vorwärts“ nur stammeln konnte: „Ihr Ziel, die stärkste Partei in Berlin zu werden, haben die Kommunisten nicht erreicht.“ — Dasselbe Blatt hatte vor den Wahlen eine gewaltige Niederlage der KPD, vorherzeitlich außerhalb Berlin ist dieses wohl gleichgemeines Bild, auch im Ruhrgebiet, wo aber die SPD noch viel größere Verluste hatte. Aber es kann am allerwenigsten gesprochen werden von einer vernichtenden Niederlage der KPD. Trotz der organisatorischen Schwäche, der inneren Vertriebenheit der Kommunisten und trotz der totalen Abwesenheit von einer wirklichen Politik bei den Kommunisten, ist es der SP nicht geglückt, das Gros der kommunistischen Wähler zu gewinnen.

Zeit dieses auf ein gewaltiges Vertrauen der Arbeiter zu der KPD? Es ist keine Rede davon. Nicht allein denken die kommunistischen Wähler einen Augenblick daran beizutreten „Ihrer“ Partei. Berlin mit seinen ungefähr 600.000 kommunistischen Wählern hat eine Organisation von 18.000 Mitgliedern! Aber obendrein tritt immer wieder hervor, daß die Industriearbeiter keine einzige von den zahlreichen „Parteien“ der KPD ernst nehmen. Das abgesehen von der Tatsache, daß die Gemeinschaft sie mit dem Kommunismus unterhalten. Sie vertrauen der Partei nicht. Aber sie vertrauen der SP, noch viel weniger. Sie stimmen für die KPD, um ihren Protest gegen die bestehenden Zustände zu äußern, auch die Regierungspartei in Stadt und Land, die SPD, die Verantwortung trägt, scharf zum Ausdruck zu bringen.

Im allgemeinen kann man dann auch sagen, daß das Argument von den Verteidigern der Koalitionspolitik, das in Magdeburg noch als Stütze erhalten müßte, „Der beste Beweis für die Richtigkeit unserer Politik ist unser ständiges Anwachsen“ (Hermann Müller), durch diese Wahlen vollständig zunichte gemacht wurde.

\*) De Socialist, 30. November 1929.

Denn diese Wahlen bringen fast überall Verstärkung von dem bürgerlichen Block.

Und im bürgerlichen Block sind es die Extremisten, die faschistischen Nationalsozialisten, die an Einfluß gewinnen. — Daß bei diesen Wahlen sehr viel Arbeiterstimmen besitzen, zeigt auf Gefahren, an denen man nicht abweisen vorbeigehen kann. Denn die Faschisten und ihr gegenwärtiger Bundesgenosse Hugenberg, sind imstande, zu Taten überzugehen, die allein durch eine geschlossene Front der Arbeiter, durch ein striktes Proletariat abgewehrt werden können. Das Ueberlaufen von bedeutenden Gruppen von Arbeitern zum Nationalsozialismus weist darauf, daß etwas nicht in Ordnung ist mit der Klassenpolitik der Sozialisten.

So geben die deutschen Wahlen der SPD, einen Ansporn, den offiziellen Optimismus fahrenzulassen und zu trachten, das Vertrauen der Arbeiter wiederzugewinnen, oder fürs erste zu gewinnen. Daß dieses mit der gegenwärtigen Politik unmöglich ist, brauchen wir hier nicht aufs neue zu wiederholen.

Daß an der anderen Seite ein Wahlschlag aus der Berliner, auf die Pflicht weist, nun zu trachten, mit den Kommunisten zur Zusammenarbeit zu kommen und zusammen zu regieren, dieses soll — fürchten wir — durch Parteigenossen, die in anderen Fällen viel von Koalition und von der Aussprache an der Wahlurne halten, wohl nicht gesehen werden. Doch ist dieses der Weg, und es sei eine Einheitsfront zu fordern, die bei dem Anwachsen der Faschisten notwendig ist; es sei den kommunistischen Unwillen und die Demagogie zu entlarven — und damit die Einheit der Arbeiterklasse in der SPD, zu einer Tatsache zu machen.

In jedem Falle ist der Ausschlag der Wahlen unbefriedigend für die SPD, und die einseitigen Genossen sind die extremsten von Rechts, die Totfeinde unserer Bewegung.

Als unsere Partei keine Rechnung damit hält, dann soll dieses zu ernstlichen Dingen können leiten, als zu einem unbefriedigenden Wahlschlag.

Organisatorische Mitteilungen

Ortsgruppe Weißensee.

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, finden im Lokal Tivoli, Schloßgasse, öffentliche Diskussionsabende statt.

Frankfurt a. M.

Das Verkehrslokal befindet sich Frankfurt a. M.-West, bei Karl Maier, Friaskengasse 8; jeden Samstag 9 Uhr abends.

Düsseldorf.

Samstag, den 11. 1. 30, abends 7.30 Uhr, im Lokal „Seven“ Kiefernstr. 2 (Oberbilk).

Öffentlicher Diskussionsabend.

Thema: „Lohn- oder Klassenkampf“. Alle revolutionären Arbeiter sowie die Leser der KAZ, werden hiermit eingeladen. Komm. Arbeiter-Partei.

Ortsgr. Düsseldorf.

Ortsgruppe Bonn.

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, Diskussionsabend bei Gen. Förderan, Doetschstr. 5.

Sympathisierer und KAZ-Leser haben Zutritt. Dortselbst können auch die Zeitungen bestellt werden.

Ortsgruppe München.

Jeden Freitag, abends 7.30 Uhr, finden im Lokal Gambrius, Sendlinger Straße, öffentliche Diskussionsabende der KAP, RPK, und KAZ statt.

Proletariat aller Richtungen werden hiermit eingeladen. Die „KAZ“ liegt dort ebenfalls aus.

Versammlungskalender Groß-Berlin.

3. Bezirk.

Jeden Freitag, abends 8 Uhr, im Lokal Gladow, Malpaquetstraße 24.

6. Bezirk.

Jeden 2. und 4. Freitag im Monat, abends 8 Uhr, bei Reibe, Gutschiner Straße 88.

14. Bezirk.

Jeden Freitag, abends 8 Uhr, bei Speisebecher, Herfurtstraße 26.

15. Bezirk.

Jeden Freitag, nachmittags 5 Uhr, bei Jahnke, Niederschönebrunn, Brückenstraße 3.

17. Bezirk.

Jeden Freitag, abends 8 Uhr, bei Kusche, Lichtenberg, Marktstraße 7.

21. Bezirk.

Jeden 4. Freitag im Monat, abends 8 Uhr, bei Otto Gebauer, Nowawes, Wallstraße.

Betriebsorganisation Kreuzberg.

Am Donnerstag, den 12. Januar 1930, nachm. 5 Uhr, findet die nächste Sitzung der BO, Kreuzberg im Lokal George, Elisabeth Ufer 12, statt.

Alle Genossen, welche diesem Bezirk angehören, sind verpflichtet, zu erscheinen.

Nowawes.

Funktionärsitzung jeden Freitag, 20 Uhr, Lokal Dachs-Höhe, Plantagenstraße 1.

Gebundene Jahrgänge der „KAZ.“

Vorrätig ab 1924. Jeder Jahrgang 12.— Mark. Jahrgang 1928 9.— Mark. Genossen unserer Bewegung erhalten bedeutende Preisermäßigung.

Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin-Weißensee. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdorf, Berlin O 17.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die einmal wöchentlich erscheinende „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Brucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name: Ort: Straße: